

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 13

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# à propos Mensch

Der Mensch wertet ständig. Je nach Information — was er über den Gegenstand hört oder damit erlebt — wertet er neu: auf oder ab. Das Werten ist die Lebensäußerung des Menschen; es ist Verhalten zur Umwelt schlechthin.

Reklame nun versucht das Werten und damit das Verhalten zu beeinflussen, doch vermag sie das bei kritischen Menschen nur, soweit sie der Erfahrung nicht widerspricht (was am besten schmeckt und was am weissesten wäscht: der Mensch kann ja vergleichen!). Er kann, wenn er einen Konsumartikel negativ wertet, das Konkurrenzprodukt oder gar nichts kaufen.

Er kann, wenn er sein heimisches Gesellschaftssystem negativ wertet, auswandern, — wenn er nicht in einer geschlossenen Gesellschaft lebt. Sinnigerweise hat allein diese es nötig, für sich Reklame zu machen.

Die Sowjetbehörden hoffen anscheinend noch, ihre tunlichst abgeschirmten Untertanen würden die kumulierten Schreckensnachrichten über das andere Gesellschaftssystem schlucken und damit das heimische System *aufwerten*: «Sowjetunion, du hast es besser!» suggeriert der offiziell vorgekaute Vergleich.

Denn, o weh, die Sowjetmenschen scheinen den Genuss der Menschen- und Bürgerrechte höher zu werten als die «sozialistische Gesetzlichkeit» (Zitat, nicht Ironie). Da selektioniert die Staatsreklame denn fleißig Material zuhanden des vergleichenden Sowjetbürgers. Authentisches: aus westlichen Zeitungen!

So meldet die Rubrik «Menschen, rechte» in der Welt der Rechtlosigkeit in «Literaturnaja gaseta» (11. 6. 1975, S. 9):

Die USA sind das Land, wo die ledigen Mütter ihre Babys für 4000—40 000 Dollar veräußern («U. S. News and World Report»). Italien ist das Land, wo «Attentate, Raub, Kidnapping, Mord» an der Tagesordnung sind; die «Anstifter all dieser Exzesse? — Rechtsextremisten, faschistische Organisationen...» («Tempo»). Frankreich ist das Land, wo «die ‚Pest‘ der Arbeitslosigkeit» sich überall verbreitet hat, als «direkte Folge einer den Interessen der Monopole dienenden Politik» («Nouvel Observateur»).

Und auf Seite 14 dieser «LG»-Ausgabe entsetzt sich der amerikanische Moskauer Korrespondent des KP-Blattes «Daily World» eine halbe Seite lang über die entsetzlichen Zustände, die er, nach sechs Jahren heimgefahren, in den USA vorgefunden habe: «Aus der allermenschlichsten Welt bin ich in eine unmenschliche zurückgekehrt.»

Nur, eben: In der «unmenschlichen» Welt «der Rechtlosigkeit» darf der Mensch — im Gegensatz zur «allermenschlichsten Welt» — seine negativen Erfahrungen mit dem eigenen System veröffentlichen, darf aus- und wieder einreisen.

Wer Augen hat, zu sehen, der ... sieht. *HTD*

«Aber wir Kommunisten akzeptieren ja die Spielregeln der Wahlen nicht! Sie irren sich, wenn Sie von dieser Vorstellung ausgehen. Nein, nein, nein: Mir bedeuten die Wahlen nichts. Nichts! Wenn Sie glauben, dass sich die Frage der Macht auf den Prozentsatz von Stimmen reduzieren lässt, dann sind Sie auf dem Holzweg. Wenn Sie denken, dass die Sozialistische Partei mit ihren 40 Prozent und die Demokratische Volkspartei mit ihren 27 Prozent die Mehrheit bilden, dann täuschen Sie sich. Sie haben keine Mehrheit. (...)

Ich sage, dass der Wahlprozess nur eine Randerscheinung dieser (revolutionären) Dynamik ist. Denn die MFA ist hier die wirkliche politische Macht. Wenn Sie glauben, dass die Verfassunggebende Versammlung ohne die MFA abläuft, dann irren Sie sich gewaltig. Wenn Sie glauben, dass sich die Verfassunggebende Versammlung eines Tages in ein Parlament verwandelt, dann befinden Sie sich in einem lächerlichen Irrtum. O nein! Sie

wird bestimmt kein gesetzgeberisches Organ bilden, sie wird bestimmt keine Abgeordnetenversammlung sein. Das verspreche ich Ihnen. Sie wird eine Verfassunggebende Versammlung sein, basta, und mit beschränkter Bedeutung, basta. (...)

Sie haben sehr richtig verstanden. Ich verspreche Ihnen, dass es in Portugal kein Parlament geben wird. (...)

Es ist von Gesetzen die Rede, die respektiert werden müssen. Aber im revolutionären

## Zitiert...

ren Prozess werden Gesetze gemacht, nicht respektiert. Begriffen? Die Revolution respektiert nicht das Gesetz. Sie macht es.»

Alvaro Cunhal in einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci. «Stern», Hamburg, 19. 6. 1975.

## Der Kommentar

Es wäre ungerecht zu behaupten, dass die portugiesischen Sozialisten in ihrem Kampf um den Fortbestand ihrer eigengesichtigen Partei und ihrer Presse keine Unterstützung aus dem demokratischen Westeuropa und insbesondere aus seiner demokratischen Linken erhielten. Im Gegenteil, man hat verschiedene Sympathiebezeugungen an die Adresse von Mario Soares und seine Parteifreunde verbuchen können, und wenn die Solidarität gegen die Unterdrückung der Freiheiten auch lange nicht so kämpferisch ausfällt wie jeweils die Solidarität gegen nichtkommunistische Repression, so ist sie doch nicht abwesend. Das nichtkommunistische Westeuropa erhebt grosso modo seine allerdings eher gedämpfte Stimme zur Verteidigung von Pressefreiheit und pluralistischer Demokratie abwechslungshalber auch dann, wenn diese Errungenschaften von kommunistischer Seite bedroht werden. Das ist immerhin festzustellen.

Aber leider nicht ohne eine sehr wesentliche Einschränkung. Denn es ist, wenn man das westeuropäische Verhalten zur gesamten portugiesischen Entwicklung berücksichtigt, keineswegs so klar ersichtlich, dass die Verteidigung der Freiheit für die sozialistische Presse und die Zurückweisung des kommunistischen Parteimonopols über eine sozialistische Alternative auch die Verteidigung von Pressefreiheit und Pluralismus als Prinzip einschliesst.

Wenn man wissen will, wie es denn mit dem Grundsatzbekenntnis steht, so muss man nach dem westeuropäischen Aufbegehren in der langen Crescendo-Periode fragen, in der die Presse- und Parteienfreiheit systematisch zurückgeschnitten wurde, lange bevor man bei der letzten Salamischeibe angelangt war. Und dieses Aufbe-

gehren fand — auch das darf man grosso modo feststellen — nicht statt.

Verteidigt man den Parteifreund im Interesse der Demokratie? Oder verteidigt man die Demokratie im Interesse des Parteifreundes?

Das Thema Portugal stand vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Strassburg zur Debatte. Bevor der Streit um die «Republica» entbrannt war. Aber nachdem man in Portugal die Versammlungen demokratischer Alternativparteien gewaltsam verhindert hatte, nachdem die Junta verschiedene Parteien — unter anderem die Christlichdemokraten — verboten oder von den Wahlen ausgeschlossen hatte, um nur die formellsten Anzeichen von Terror und Einschüchterung zu nennen. Angesichts dieser offenen und offenkundigen Zerstörung von Demokratie, Pluralismus und Pressefreiheit (die Medienfrage war schon überwiegend im Sinne der Machthaber gelöst) stellten Christdemokraten aus Italien, Oesterreich und Westdeutschland den Antrag, das Verbot von Parteien in Portugal zu verurteilen. Zuvor hatte das europäische Parlament jeweils seine Einheit gezeigt, wenn es — etwa im Falle von Griechenland — darum ging, Verstöße gegen die Demokratie zu verurteilen. Diesmal fehlte die Einheit. Und nicht nur das: Der Antrag wurde abgelehnt. Als Gegner der Verurteilung erwiesen sich Delegierte, die in unsern Ländern als demokratische Kräfte bekannt sind und zum Teil Regierungsverantwortung tragen, insbesondere sozialdemokratische und liberale Politiker.

In Portugal hat Mario Soares den gleichen Fehler gemacht, den vor ihm schon die demokratischen Sozialisten in Osteuropa gemacht hatten, als die kommunistische Machtergreifung anließ. Er hatte sich, solange es ging, dem Feindbild der KP angeschlossen und den politischen Gegner stets «rechts» gesucht. Obwohl die Drohung für seine Partei wie für das Zusammenspiel aller Parteien im Rahmen einer Demokratie schon längst nur noch vom kommunistischen Partner kam. Oder vielmehr gerade deshalb. Weil man sich die Träger der totalitären Bedrohung freundlich stimmen wollte. ▶

# Weiterungen

Anhand der Zeitschriften «Possev» (Frankfurt/M) und «Russkaja Mysl» (Paris) wollen wir auf einige sowjetische Vorkommnisse und Zustände zurückkommen, von denen wir in der letzten Nummer gesprochen hatten.

\*

**Die phantasievolle Bereicherung von georgischen Betriebsdirektoren (siehe «Facetten» in Nr. 12/75) soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Verhältnisse in der grusinischen SSR in den letzten Jahren weiterhin verschlimmert haben, trotz oder wegen der grossen Säuberungen, mit denen man seit 1972 versucht, die normale Sowjetordnung auch in diesem Land mit traditionell «freieren Sitten» einzuführen.**

Ein anonymes Samisdat-Bericht aus Tiflis macht darauf aufmerksam, dass viele Leute auf ungesetzliche Mittel angewiesen sind, um überhaupt leben zu können, zumal die Teuerung drückend ist. Die Machthaber beschränken die «Sanierung» der Wirtschaft (in der das inoffizielle bis illegale Privatgewerbe stark eingerissen hatte) praktisch auf Massenverhaftungen, ohne für eine funktionsfähige Alternative zu sorgen. Unterdessen sind die Gefängnisse überfüllt, und zwar grossteils mit den falschen Leuten, weil man vorwiegend die kleinen Funktionäre einsperrt, die an den Betrügereien der höheren Beamten nur mitgemacht hatten. Die Chefs aber, welche ihre Stellung zu den grössten Delikten missbraucht hatten, werden nur entlassen oder versetzt, falls man sie nicht sogar auf ihren Posten belässt.

Am wenigsten durchgegriffen hat die Säuberung beim Justizapparat und KGB, obwohl dort die verbrecherischsten Elemente zu finden sind, ver-

brecherisch wohlverstanden durchaus auch im offiziellen Sinn, denn bei Gericht, Staatsanwaltschaft und Polizei haben persönliche Bereicherung, Bestechung und Erpressung zu Profitzwecken besonders grassiert.

Was die «Taten» der Untersuchungsorgane angeht, wollten sich die Verantwortlichen offenbar dadurch entlasten, dass sie einen Sadisten opfereten, von dem ohnehin bekannt geworden war, dass er in der «Spezialzelle» Nr. 40 (Untersuchungs-Isolator) im Gefängnis von Tiflis einen Gefangenen zu Tode gefoltert hatte. Dieser Henker namens Ju. Tsirekidse sollte (und wird wahrscheinlich auch) unter Mordanklage vor Gericht gestellt werden.

Aber die Rechnung der Administration, mit diesem Mann auch die ganze Diskussion um die Zustände in ihrem Amtsbereich loszuwerden, scheint immerhin nicht so glatt aufzugehen. Als Tsirekidse erfuhr, dass ihm die Erschiessung drohte, ergriff er die Flucht nach vorne und packte aus. In einer 150seitigen Erklärung, die er an alle Instanzen zu verschicken vermochte, berichtet er detailliert, wie ihm Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Innenministerium den Auftrag gegeben hatten, Häftlinge zu foltern, um gewünschte Aussagen zu erhalten. Tatsächlich sind im Zusammenhang mit dieser Affäre höhere Funktionäre vorsorglich «bestraft» worden. Von zwei Stellvertretern des georgischen Staatsanwaltes wurde der eine, O. Dschibladse, zum Obersten Gericht versetzt und der andere, ein gewisser Bitsadse, vorzeitig pensioniert. Das gleiche, ach so herbe Schicksal erlitt auch der Chef des betreffenden Untersuchungs-Isolators, I. Leschawa.

Bei diesem Stand der Wiederherstellung sozialistischer Gesetzmässigkeit in Georgien ist es nicht so ganz erstaunlich, dass die ideologischen Einsichten in der Bevölkerung keine rechten Fortschritte im behördlichen Sinne machen. Auch diesem Uebelstand rückt man mit Entlassungen zu Leibe.

Aber es besteht für uns in Westeuropa kein Anlass, das Verhalten der nichtkommunistischen Linken in Portugal als aussergewöhnlich einzustufen. Wir haben vielmehr Anlass zur Frage, ob sie sich denn im übrigen Westeuropa wirklich anders verhalten würde, wirklich anders verhalten wird, wenn es soweit ist. Ist von ihr die Solidarität mit den übrigen demokratischen Kräften zu erwarten, wenn es um die Auseinandersetzung mit den Kräften der totalitären Diktatur geht? Oder eher eine Solidarität der «Linken» gegen ein Feindbild der «Rechten»? (Bis die demokratische Linke entweder zur undemokratischen Linken überläuft oder von ihr vernichtet wird, was nach der gemeinsam bewerkstelligten Ausbootung der übrigen demokratischen Kräfte keine so schwere Sache mehr ist.)

In der vergleichsweise doch sicher gemässigten Schweiz ist es am 14. Juni zu einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich gekommen. Der Präsident (Hans Müller) sagte: «Wir müssen unsern politischen Gegner im bürgerlichen Lager, also rechts, suchen.» Cunhal zum Beispiel, dessen Demokratieverständnis wir wieder einmal anhand von Zitaten zeigen («Zitiert...»), steht nicht im bürgerlichen Lager, steht links. Demzufolge kein Gegner. Oder wie ist das?

Und der Resolutionstext verspricht, die SP werde sich «auch in Zukunft gegen alle Versuche wenden, die zum Ziele haben, die bestehende Gesellschaftsordnung mit repressiven Mitteln aufrechtzuerhalten». Unter den repressiven Mitteln sind hier konkret eine eventuelle Polizeiaktion gegen eine illegale Besetzung (Kaiserangst) und die Absetzung des Kleinen Studentenrats in Zürich (er hatte sich ein politisches Mandat zugesprochen, das ihm von der Studentenschaft in einer demokratischen Urabstimmung ausdrücklich verweigert worden war) zu verstehen. Da darf man vielleicht fragen, ob das Ziel, die bestehende Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten, im Sinne der Resolution nicht überhaupt bekämpfenswert ist. Die Gesellschaftsordnung, die pluralistisch und demokratisch ist, im Unterschied zu dem, was sich mit Sicherheit ergibt, wenn sie nicht mehr aufrechterhalten wird.

An diesem Zufallsbeispiel oder an beliebigen andern Beispielen der Gegenwart: Das Feindbild nach «rechts» wird bei uns in Westeuropa zur gleichen Zeit aufgebaut, da uns Portugal seine Resultate vor Augen führt (was zuvor schon jede kommunistische Machtergreifung getan hat). Allmählich kommen wir nicht mehr darum herum, uns die Frage zu stellen: Steht wirklich «die Rechte» im Feindbild oder nicht vielmehr die Demokratie?  
*Christian Brügger*

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**

Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)

Der Zweite ZK-Sekretär der Republik, A. Tschurkin, hat wegen grober Fehler und ideologischer Misserfolge seinen Abschied nehmen müssen und ist durch Gennadij Kolbin ersetzt worden.

\*

**In der Angelegenheit der diversen privaten Ausstellungen moderner Kunst haben es die Behörden nicht bei Warnungen bewenden lassen.**

Ein Indiz dafür, dass die angedrohten «Massnahmen» einsetzen, ist der Ausschluss von Oskar Rabin aus dem Künstlerverband. Zwar hat man ihm davon nur mündlich Mitteilung gemacht und die geforderte schriftliche Begründung verweigert, aber der Zusammenhang dürfte gegeben sein: Ihm war mehrmals abgeraten worden, sich an Ausstellungen nonkonformistischer Maler zu beteiligen.

In Leningrad haben etliche Künstler ihrerseits darauf verzichtet, eine bereits festgesetzte Ausstellung durchzuführen, nachdem man ihnen klargemacht hatte, dass sie Repressalien zu gewärtigen hätten. Dabei hatten die Maler, obwohl sie nicht gerade dem Stil des Sozialrealismus huldigen, durchaus ihren Willen bekundet, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Ihr Gesuch um Bewilligung einer normalen Ausstellung war aber abgeschlagen worden, und zwar mit der Begründung, dass es dafür an Räumlichkeiten fehle. Daraufhin beschlossen die Initianten nicht unlogischerweise, die Stadt zu entlasten und die Ausstellung unter freiem Himmel abzuhalten. Sie hätte am 24./25. Juni mit einer Beteiligung von 40 bis 50 Künstlern stattfinden sollen. Auf dieses Projekt aber reagierten nun die Behörden mit individueller Einschüchterung: Den Malern Odnarolow und Tjapuschkin drohte man Ausschluss aus dem Künstlerverband. Alexander Rabin, Sohn des bereits ausgeschlossenen Oskar Rabin, erhielt eine anonyme Morddrohung. Den Leningrader Malern Leonow, Ruchin und Scharkin stellte man eine Klage wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung in Aussicht. Und dem in Moskau ansässigen Künstler Kublitzki kündigte man im Falle seiner Beteiligung den Entzug seiner Aufenthaltbewilligung an. Unter diesen Umständen gaben die Maler in einer gemeinsamen Erklärung den Verzicht auf ihr Vorhaben bekannt. ■

# FACETTEN

## zum Alltag drüben

### Weite Welt durch enge Hosen

Man kann weite Fragen stellen und enge Antworten bekommen. Hautenge sogar.

Was sehen sowjetische Jugendliche, wenn man ihnen am Fernsehen zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in westlichen Städten zeigt? Das Elend der Werktätigen im kapitalistischen System? Oder die gesellschaftskritische Freiheit der dortigen Medien? Nichts von alledem. Sie sehen, sofern die «Komsomolskaja prawda» ihre Eindrücke richtig wiedergibt, vor allem die Jeans. Jene Jeans, die ihre Altersgenossen im Westen (ob arbeitslos oder nicht) einfach haben. Und die sie, die Komsomolsken, so gerne haben möchten, respektive zu erschwinglichen Preisen haben möchten.

Die sowjetische Jugendzeitschrift bedauert natürlich diese enge Optik. Aber sie bedauert auch die Mängel der einheimischen Bekleidungsindustrie, welche die einheimischen Jugendsehnsüchte offenbar nicht zu stillen vermag.

Das Thema «Jeans» (und zeitgemässe Jugendbekleidung überhaupt) hat dieses Frühjahr in der «Komsomolskaja prawda» einiges Gewicht erhalten. Schliesslich auch offizielles Gewicht, denn am 28. Mai 1975 nahm der sowjetische

Minister für Leichtindustrie, Kikolaj Nikiforowitsch Tarasow, persönlich zu den Klagen Stellung, die junge Leute in Sachen Jeans vorbrachten.

Den Anstoss hatte die Zeitung selber am 1. Februar mit einer Reportage gegeben. Sie erkannte auch, dass die Mängel auf diesem Sektor zu Folgen auf dem gesellschaftlich relevanten Freizeitsektor führen: «Es gibt in der Stadt keinen Spezialladen, wo Jugendliche alle Artikel ihres spezifischen Bedarfs kaufen könnten, und es ist unwahrscheinlich, dass es so etwas sonstwo im Lande gibt. Aber die Suche nach Modeartikeln verringert die Zeit, die zum Besuch von Konzerthaus, Bibliothek oder Klub zur Verfügung steht.»

Auf die Frage, was er tun würde, falls man ihn zum Verantwortlichen für Leichtindustrie machen sollte, sagte ein junger Mann, er würde mit einer grösseren Produktion von Jeans-Stoffen beginnen. Im weiteren wäre eine spezielle Firma zu gründen, die ausschliesslich Kleider für die 13—18jährigen verarbeiten müsste. Schliesslich brauche es Spezialläden und Institute zur Erforschung der Konsumwünsche von Teenagern. Die Reportage brachte jedenfalls die übereinstimmende Meinung der Betroffenen zum Ausdruck, dass die angebotene Jugendbekleidung hässlich und von schlechter Qualität sei.

Das angeschnittene Thema führte zu einer beträchtlichen Zahl von Leserbriefen. Eine Auswahl von ihnen wurde am 19. April veröffentlicht.

Ein Junge versicherte, dass «man» stundenlang Schlange stehe, wenn es einmal irgendwo etwas zu kaufen gebe, was attraktiv sei. Es stellte sich auch heraus, dass gar nicht wenige Teenager die gewünschten Kleidungsstücke von «Spekulanten» kauften. Ausländische Jeans von bekannten Firmen würden für 70 Rubel und mehr verkauft. (Das entspricht einem halben Monatsverdienst eines Facharbeiters.) Offenbar an junge Leute aus besseren Kreisen. Doch der betreffende Leser erklärte lediglich, dass halt die inländischen

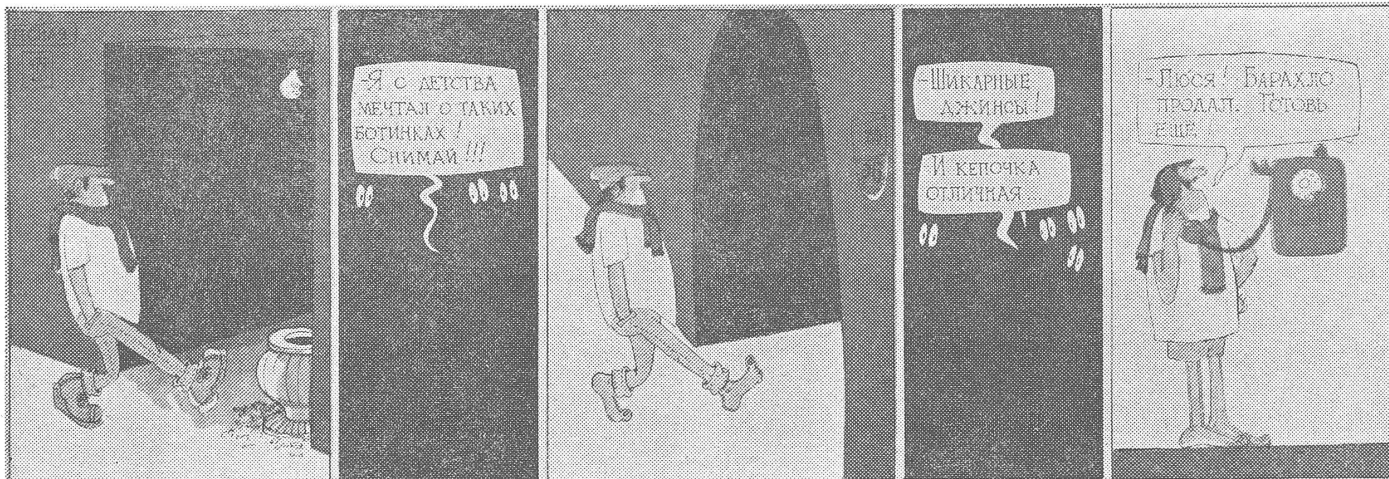
Jeans keinen Vergleich mit den ausländischen aushielten.

Die weniger bemittelten Jugendlichen müssen sich eben mit dem neiderfüllten Betrachten von Westfilmen zufriedengeben. Das Thema «Warum können nicht auch wir solche Sachen kaufen?» beschäftigt nicht nur «kleinbürgerliche Typen, die dauernd nur an materielle Dinge denken», sondern auch ganz «normale Sowjetjugendliche».

Der Minister für Leichtindustrie seinerseits räumt ein, dass der Bedarf an modischen Artikeln für die Jugend «noch nicht völlig befriedigt» ist. Im letzten Fünfjahresplan seien noch keine Jeans-Stoffe produziert worden. Indessen seien nunmehr 192 verschiedene Modelle von Jeans geprüft worden, und 158 davon habe man für die Produktion in Aussicht genommen, darunter 29 der höchsten Qualitätsstufe.

Auch wies Tarasow darauf hin, dass die Angelegenheit in der internationalen Kooperation der RGW-Staaten behandelt werde, wo man Spezialkommissionen zum Studium der Konsumwünsche von verschiedenen Altersgruppen eingesetzt habe.

Es ist zu hoffen, dass der eruierte Modegeschmack sich nicht geändert haben wird, bis der geplante Ausstoss auf den Markt kommt. Die Wirtschaftszeitung «Ekonomika i organizacija promyslennogo proizvodstwa» hatte den einheimischen Firmen schon ausserhalb der Frage von Jugendbekleidung vorgeworfen, «nur das zu produzieren, was gestern Mode war». So sind die 53 Millionen Quadratmeter Jeans-Stoffe und die 20 Millionen Paar Jeans, die Tarasow für nächstes Jahr versprochen hat, eventuell in Gefahr, bis dahin nicht mehr so begehrt zu sein. Denn gerade die Jugend will die allerneueste Mode. Und seltsamerweise ist das für sie immer die Mode, die gerade aus dem Westen kommt. Schiere Anziehungskraft der Bekleidung? Am Ende ist die Antwort auf die weiten Fragen doch nicht so eng.



Wer «ausländisch» (das heisst jugendlich-modisch) gekleidet durch die Strassen geht, kann von begehrlichen Fans Offerten für die authentischen Jeans usw. erhalten, die er am Leibe trägt. Solcherweise erworbene Sachen haben für viele Teenager in der Sowjetunion einen ähnlichen Reiz wie die «direkt aus dem Bauernhaus» erstandene alte (oder vermeintlich alte) Truhe für manche Leute im Westen.

Vor gut einem Jahr zeigte «Krokodil» (Nr. 14/1974) mit dieser Karikatur, wie man von der grossen

Sehnsucht nach «echten» Modeartikeln profitieren kann, um wertlose Klamotten abzuzossen. Auf dem Bild links ist das geflüsterte Angebot aus der Dunkelheit von Torbogen oder Hauseingang zu vernehmen: «Von solchen Schuhen hab ich von Kind auf geträumt. Gib her!» In der Mitte geht die Sache weiter: «Tolle Jeans! Und diese Mütze – prima...» Und auf dem letzten Bild wird schliesslich gezeigt, wie der Ausverkauf der «persönlichen» Kleider weiter organisiert wird: «So, Ljussja, diesen Plunder hätte ich verkauft. Du kannst die nächste Ladung bereit machen.» So können gelegentli-

che oder auch professionelle Schwarzhändler zu Geld kommen.

Unterdessen hat man im zuständigen Ministerium allerdings eingesehen, dass es mit der Mahnung an die einheimische Jugend, sich in ihrer Sucht nach ausländischer Kleidung nicht für dumm verkaufen zu lassen, offenbar doch nicht allein getan ist. So werden die Jeans jetzt Bestandteil der offiziellen Wirtschaftsplanung. Obwohl sie vielleicht die Sehnsucht nach einer Welt ausserhalb der planwirtschaftlichen Regelungen symbolisieren...